
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

GROSSRAZZIA GEGEN ISLAMISTEN

15.11.2016

- **Freie Demokraten begrüßen notwendigen, aber längst überfälligen Schlag gegen „Die wahre Religion“**
- **Landesregierung muss jetzt auch gegen andere bekannte islamistische Gruppierungen mit aller Härte des Rechtsstaates vorgehen**

Anlässlich der heutigen Durchsuchungen von Wohnungen und Büros von Anhängern der Islamistengruppierung „Die Wahre Religion“, die unter anderem für die Koranverteilungsstände der salafistischen „Lies“-Kampagne verantwortlich zeichnet, erklärte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH: „Wir nehmen mit großer Erleichterung zur Kenntnis, dass die Sicherheitsbehörden der Länder offenbar endlich genug Informationen sammeln konnten, um den längst überfälligen harten Schlag gegen die Salafistenszene führen zu können und ein Verbotsverfahren einzuleiten. Leider bestätigt nicht nur die bereits bekannte erschreckend große Zahl der gewaltbereiten Salafisten von über 1.600 Personen, sondern jetzt auch die alleine 65 Durchsuchungen von Objekten in Hessen, dass unser Land und insbesondere das Rhein-Main-Gebiet absoluter Schwerpunkt der Islamisten in Deutschland ist. Diese traurige Spitzenreiterrolle werden wir nicht alleine mit Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen los, sondern brauchen gegen diese Klientel die gesamte Härte des Rechtsstaates, um unsere Freiheiten zu verteidigen.“

Greilich weiter:

„Auf der einen Seite sind wir sehr froh, dass nun endlich gehandelt wird und haben viel Verständnis dafür, dass solche umfangreichen Aktionen gut vorbereitet und bundesweit abgestimmt werden müssen. Auf der anderen Seite sind wir jedoch fassungslos, dass es bis zu einer solchen entschiedenen staatlichen Reaktion so unglaublich lange gedauert hat, obwohl die Bedrohungslage, die verfassungsfeindlichen Aktivitäten, die Anwerbung

von jungen Menschen für den vermeintlichen „heiligen Krieg“ und die umfangreiche Unterstützung des Terrors im In- und Ausland über Jahre bereits bekannt war. Wir erwarten, dass nunmehr mit der gleichen Härte und Konsequenz, aber erheblich schneller auch gegen andere Gruppierungen aus dem islamistischen Spektrum in Hessen vorgegangen wird, die den Sicherheitsbehörden bereits einschlägig bekannt sind!“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de